

Antrag an das Studierendenparlament:

Gegen rechte Lehre und mediale Einschüchterung! Verteidigt die Meinungsfreiheit!

Liebes Präsidium, liebe Abgeordnete,

hiermit stelle ich für die IYSSE-Fraktion den folgenden Antrag an das Studierendenparlament.

Sozialistische Grüße

Gregor Kahl, IYSSE-Fraktion

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) verurteilt die Angriffe auf kritische Studierende in Hamburg und Berlin auf das Schärfste. Es weist die mediale Hetzkampagne zurück und bekräftigt, dass Studierende das Recht haben, ihre rechtsradikalen Professoren zu kritisieren.

Die Proteste gegen AfD-Gründer Bernd Lucke sind völlig legitim und politisch notwendig. Der Einsatz der Staatsmacht gegen demokratische Meinungsäußerungen an der Universität ist absolut inakzeptabel und ein gefährlicher Präzedenzfall, der darauf abzielt, rechte Lehre gegen den Widerstand in der Studierendenschaft durchzusetzen.

Das Studierendenparlament begrüßt außerdem die Klage der studentischen Vertreterinnen des Akademischen Senats der Humboldt-Universität in Berlin, Bafta Sarbo und Juliane Ziegler, gegen den rechtsextremen Professor Jörg Baberowski wegen Beleidigung. Der Professor hatte die Studierenden übel diffamiert, nachdem sich diese kritisch gegenüber rechtsradikalen Positionen des Professors geäußert hatten.

Begründung:

In den letzten Jahren wurden rechtsradikale Standpunkte an den Universitäten zunehmend salonfähig gemacht. Statt den rechtsradikalen Positionen zu widersprechen, kritisieren immer mehr Professoren und Medien die Studierenden, die gegen Rechts protestieren und die von den rechten Professoren belehrt und benotet werden.

An den Universitäten in Hamburg und Berlin nimmt das besonders scharfe Formen an. Zur weiteren Begründung verweisen wir auf den folgenden Beschluss, der vom Studierendenparlament der Humboldt-Universität im Oktober einstimmig getroffen wurde.

Einstimmiger Beschluss des Studierendenparlaments der HU vom 17.10.2019:

„Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin solidarisiert sich mit den studentischen Vertreterinnen im Akademischen Senat und fordert das Präsidium der HU auf, Maßnahmen gegen Herrn Prof. Baberowskis Fehlverhalten einzuleiten.“

In Reaktion auf ein Interview im Deutschlandfunk vom 19.08.2019, hatte Herr Baberowski die studentischen AS-Vertreterinnen Bafta Sarbo und Juliane Ziegler öffentlich auf seiner Facebook Seite als „unfassbar dumm“ und „linksextreme Fanatiker“ (sic!) bezeichnet. Wie der RefRat in einer Pressemitteilung vom 14.10.2019¹ mitteilte, haben die beiden sowohl Strafanzeige als auch Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Professor eingereicht. Wir schließen uns der Einschätzung des RefRats an, dass Baberowski damit jede sachliche Ebene der Auseinandersetzung verlassen hat.

1 <http://www.refrat.de/article/press.news.strafanzeige.baberowski.html>

Studentische Kritik bzw. Meinungsäußerungen von Gremienvertreter_innen zu diffamieren nur weil sie einem Professor nicht gefällt, verschärfen das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Professor_innen und Studierenden und gefährden die Grundlagen einer demokratischen Hochschule.

Baberowski ist in der Vergangenheit wiederholt durch rechtsradikale Äußerungen aufgefallen, was Bafta und Jule im Interview kritisierten. Das Scheitern seiner Pläne ein Forschungszentrum für vergleichende Diktaturforschung einzurichten, kann als Resultat vernichtender Gutachten² und der gezielten Vermeidung einer öffentlichen Diskussion des Vorhabens im Akademischen Senat bezeichnet werden. Zuvor hatte er bereits Joao Fidalgo diffamiert, weil er die öffentlichen Gutachten auszugsweise veröffentlicht hatte. Wir begrüßen das Scheitern dieses Vorhabens.

Um ihrer historischen Verantwortung gerecht werden zu können, darf die Humboldt-Universität sich nicht scheuen, sich klar von rechtsradikalen Tendenzen und Personen zu distanzieren. Wir fordern daher das Präsidium der Humboldt-Universität auf, ihre 2017 veröffentlichte Solidaritätserklärung mit Baberowski³ zu revidieren, endlich Konsequenzen zu ziehen und zu prüfen, inwieweit die Personalie Baberowski für die Universität noch tragbar ist.

Wir erklären uns mit den Student*innen der Universität Hamburg solidarisch, die sich am Protest der Veranstaltung "Makroökonomie II" von Bernd Lucke, dem Gründer der sogenannten "Alternative für Deutschland", beteiligt und diese Veranstaltung verhindert haben. Das Stupa der HU unterstützt das Vorgehen, welches sich gegen rechte Professor*innen an Universitäten richtet - hier wie auch überall sonst gilt #KeinFußbreit. Antifaschismus muss unserer Meinung nach gesellschaftliche Grundhaltung sein, die nicht nur in Sonntagsreden von Präsident*innen von Universitäten und Politiker*innen nach außen getragen werden, sondern täglich immer wieder unter Beweis gestellt werden muss. Wir verurteilen die Aussage der Universitätsleitung der Universität Hamburg, welche angekündigt hat, die Lehrveranstaltung zur Not auch unter Einsatz von staatlicher Gewalt durchzusetzen.

Das StuPa beauftragt den Referent_innenRat damit das HU-Präsidium über den Beschluss zu informieren.“

2 <https://taz.de/Diktaturforschung-an-der-Humboldt-Uni/!5570421/>

3 https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/archiv/pm1703/nr_170330_01